

# Riesner & Co. Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Leitung: W. Riesner  
"Tageblatt", Meise.

Amtsblatt

Postamt  
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Meise.

Nr. 80.

Montag, 9. April 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Meise und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Meise. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Meise.

## Erlass

an die Schulvorstände im Amtshauptmannschaftlichen Bezirke Großenhain.

Die Schulvorstände werden hiermit veranlaßt, über die in ihrem Schulbezirke zu Oftern dieses Jahres in das schulpflichtige Alter getretenen blinden Kinder eine Liste, oder wenn solche nicht vorhanden sind, Fehlschein bis zum 25. April 1894

anher einzureichen, ersterenfalls auch anzugeben, ob diese Kinder behufs Aufnahme in die Blindenanstalt angemeldet worden sind.

Großenhain, am 5. April 1894.

Die Königl. Bezirkschulinspektion.

648 B.

v. Wilucki.

Dr. Gelse.

D.

## Bekanntmachung.

Das Ankern der Schiffe und das Einsehen der Schiffe Seiten der Flügel vor der Spaltelholzschen Holzschlepp in Laubegast, vor den Grumb'schen Weisanlagen in Dresden-Neustadt und an dem abbrüchigen Ufer bei Neumickten zwischen der Jacobs'schen Fähre und dem obem Correlationsdammschlusse daselbst, wird hiermit ausdrücklich verboten.

Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafen von Drei bis Sechzig Mark geahndet. Im Falle der Wiederholung können die Geldstrafen bis auf das Doppelte erhöht werden. An Stelle der uneinbringlichen Geldstrafe tritt verhältnismäßige Haft.

Königliche Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt als Elbstomant,

4. April 1894.

631 A.

v. Thielau, Geh. Reg.-Rath.

## Die Erd- und Steinsekerarbeiten,

einschließlich Lieferung der Materialien, zur Herstellung eines festen Untergrundes im neuen Geschützpark auf dem Artillerie-Schießplatz bei Zeitzain, veranschlagt auf 10082 M., sollen in einem Preise durch öffentliche Verdingung vergeben werden. Die Zeichnungen und Verdingungsunterlagen liegen im Geschäftszimmer des unterzeichneten Baubeamten Dresden-Albertstadt, Administrationsgebäude, Eingang C, zur Einsicht aus und sind daselbst Verdingungsanschläge gegen Erstattung der Selbstkosten zu entnehmen. Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: „Untergrund-Herstellung“ versehen bis

Donnerstag, den 12. April d. J., Vormittag 11 Uhr

postfrei an die vorbezeichnete Stelle einzureichen, woselbst die Eröffnung in Gegenwart der erschienenen Bieter erfolgen wird. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Auswahl unter den Bewerbern vorbehalten.

Dresden, den 3. April 1894.

Königl. Garnison-Baubeamter III. Dresden.

## Tagesgeschichte.

\* Der Reichstagspräsident v. Ekeow theilte am Schlusse der Freitagssitzung mit, daß es unmöglich sei, den Reichstag schon in etwa drei Wochen zu schließen; es erhellt daraus, daß die Regierung darauf besteht, sowohl die Steuervorlagen wie die Finanzreform vom Reichstage vollständig durchberathen zu sehen. Sie will also nicht so leichten Kaufs auf die Steuerprojekte verzichten und das ist auch insofern gut, als die Industrien, denen neue Steuern drohen, lieber mit Gewissheiten rechnen und sich damit abfinden, als daß sie die Ungewißheit noch in den nächsten Winter hineinschleppen. — Die Reichstagsmehrheit hat ein eigenartiges Mittel angewendet, um den Fehlbetrag im Reichshaushalt zu decken. Eigentlich kann von einem solchen nie gesprochen werden; denn was das Reich braucht und aus seinen eigenen Einnahmen (Zölle, Verbrauchssteuern, Stempeln etc.) nicht aufbringen kann, das wühlt es einfach in Form der Matrularbeiträge auf die Einzelstaaten ab. Aber die Leistungsfähigkeit dieser ist auch beschränkt und Preußen beispielsweise hat sowieso schon mit einem Fehlbetrag zu rechnen; es müßte seine direkten Steuern erhöhen, wenn es erhöhte Matrularbeiträge zu leisten hätte. Da die Reichstagsmehrheit ebensowenig Neigung zeigt, diese Erhöhung der Matrularbeiträge herbeizuführen, wie neue Steuern zu bewilligen, so hat sie im Reichshaushalts-Etat etwa 11 Millionen Mark an Ausgaben gestrichen, die notwendig sind, und wenn nicht in diesem Jahre, so doch sicher im nächsten gemacht werden müssen; ferner aber hat sie die Einnahmen des Reiches in drei Positionen und zusammen 11 Millionen höher veranschlagt, ohne die Gewißheit zu haben, ob diese Mehreinnahmen auch wirklich eingingen. In dieser Art und Weise ist der Reichshaushaltsetat um 22 Millionen niedriger geworden und man könnte damit zur Noth ohne neue Steuern und ohne Erhöhung der Matrularbeiträge auskommen; aber man hat den Finanzstand des Reiches nicht gebessert, sondern nur rechnerische Aufstellung gemacht und dabei würde das Reich gezwungen sein, günstigstenfalls von der Hand in den Mund zu leben. — Die Thatsache bleibt bestehen, daß das Reich durch die Handelsvertragspolitik, namentlich durch die Herabsetzung einer Anzahl Zölle, auf Zolleinnahmen in nicht unwesentlichem Betrage verzichtet hat, und daß es durch die im vorigen Jahre eingeführte Heeresverfälschung seine Ausgaben umgekehrt 60 Millionen Mark jährlich erhöht hat. Damit der Status derselbe werde, wie er im vorigen Jahre gewesen, muß das Reich seine Einnahmen um etwa 100 Millionen Mark vermehren. Wenn der wirtschaftliche Aufschwung, was wir noch weit mehr wünschen als hoffen, dem Reich größere Einnahmen zuführt, so kann doch nicht wohl daran gedacht werden, daß diese größeren Einnahmen einer Summe von 100 Millionen Mark auch nur nahe kommen. Es bleibt also dabei, daß der Reichstag, der die Heeresverfälschung und die Handelsverträge angenommen hat, auch die Verpflichtung hat, für die Deckung der damit verbundenen Ausgaben bezw. Einnahmehausfälle zu sorgen und Steuern im entsprechenden Umfange zu bewilligen, wofür

er nicht dauernde Ersparnisse zu machen vermag, die nicht bloß auf dem Papier stehen, nicht bloß Ausgaben-Verschiebungen sind. — Bei der Finanzreform handelt es sich darum, nicht bloß den Bedarf des Augenblicks zu decken, die Matrularumlagen von der bisherigen Höhe herunterzubringen, — damit nicht die Steuerreform, die man in den Einzelstaaten, insbesondere in Preußen durchgeführt hat, aufs neue gefährdet und erschüttert werde, — sondern auch für eine Schuldentilgung zu sorgen. Herr A sagt, der muß auch B sagen, so lautet ein altes Sprichwort. Wenn der Reichstag die neue Militärvorlage bewilligt, so ist es nur folgerichtig, wenn die Regierung auch die Bewilligung der Mittel dazu verlangt. Da kann sich der Reichstag nicht herum drücken und wenn er es dennoch thut, so fällt eben den Einzelstaaten die ganze Last zu — ob nun in dieser oder jener Form ist gleichgültig, denn die Gesamtheit muß eben bezahlen.

**Deutsches Reich.** Das Reiseprogramm des Kaisers für die nächste Zeit ist folgendermaßen festgestellt worden: Am 13. d. M. trifft der Monarch zum Gegenbesuch Kaiser Franz Josefs in Wien ein und reist von dort am 14. d. nach Karlsruhe. Nach einem dreitägigen Aufenthalt daselbst wird der Kaiser sich nach Koburg zu den dortigen Hochzeitsfeierlichkeiten begeben, den 19. und 20. d. in Koburg verbleiben und dann von dort aus nach der Wartburg reisen.

Zur Hochzeit am Koburger Hof werden erwartet: Die Königin Victoria, der Kaiser Wilhelm, Kaiserin Friedrich, Prinz Wales, Herzog und Herzogin Connaught, Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen, die Großfürsten Wladimir und Sergius von Rußland mit Gemahlinnen, Prinz Heinrich, Prinzessin Alex von Hessen, Prinz und Prinzessin Ferdinand von Rumänien, Prinz Wilhelm von Hessen, Erbprinz und Erbprinzessin von Meiningen, Prinz Philipp von Koburg und Gemahlin, Prinz und Prinzessin Aribert von Anhalt, die Prinzen Heinrich und Ludwig von Battenberg und Gemahlinnen.

Es wird bestätigt, daß der Zollkerrath wieder einberufen worden ist, um sich gutachtlich über die Handelsbeziehungen zu Portugal zu äußern. In seiner ersten Sitzung hat der Beirath nun von dem gegenwärtigen Stande der Dinge Kenntniss genommen. In dieser Woche dürfte er zu den thätigsten Beratungen zusammentreten. Zu diesen dürften auch Vertreter der Hansestädte Bremen und Hamburg, die an dem Verkehr mit Portugal ein hervorragendes Interesse haben, zugezogen werden. Nach der „Post“ ist auch beschlossene worden, die Handelskammern um ihr Gutachten zu ersuchen.

Der Reichstagsausschuß zur Verathung des Tabaksteuer-gesetzes tritt am Montag den 16. d. M. zusammen. Der weitere Verlauf der Steuerfrage läßt sich noch gar nicht übersehen. Der Rücktritt des konservativen Freiherren von Mantuffel vom Borsige im Ausschuss und seine Erziehung durch den ultramontanen Abg. Rintelen, den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, wird viel bemerkt und spricht vielleicht mit für eine rasche Ablehnung der Vorlage.

Bekanntlich gehen die Bestrebungen der Thierärzte ebenso wie die des größten Theils der Apotheker darauf hinaus, das Abiturientenexamen als Vorbedingung für ihr Studium

eingeführt zu sehen. Diese Bestrebungen haben bei der Mehrheit des Unterrichtsausschusses des Abgeordnetenhauses Zustimmung gefunden. Sie stellte daher beim Plenum den Antrag, eine auf Einführung des Abiturientenexamens als Vorbedingung für das thierärztliche Studium gerichtete Einlage der Regierung als Material zu überweisen.

Die Ausfuhr aus der Schweiz nach Frankreich ist im Jahre 1893 durch den Zollkrieg mit Frankreich um 37,50 v. H., die Einfuhr aus Frankreich der unter die wichtigsten Komposten zählenden Artikel um 68 v. H. zurückgegangen. Von den bisher aus Frankreich bezogenen Waaren hat Deutschland übernommen: bei Konfektion fast die Hälfte, bei Wollwaaren nahezu ein Drittel, bei Papier 45 v. H., bei Quincaillerie über die Hälfte, bei Leder einen kleineren Theil; bei Maschinen und Metallwaaren wird die Wiedereinfuhr aus Deutschland (theilweise auch aus Belgien) weit überholt. Oesterreich tritt für die Schweiz an Stelle Frankreichs wesentlich für Leder, in kleinerem Maße für Konfektion, Wollwaaren, Quincaillerie, Schuhe und Lederwaaren.

Vom Reichstag. Bei ganz schwach besetztem Hause beriet am Sonnabend der deutsche Reichstag über das neue Stempelabgabengesetz. Nummer 1 des neuen Tarifes wurde mit den Stimmen der Konservativen, des Centrums und der Nationalliberalen gegen die der Freisinnigen und der Sozialdemokraten, also mit etwa 40 gegen 20 Stimmen angenommen. Dann folgten die übrigen Säße, die alle in der Gestalt genehmigt wurden, wie sie aus der Kommission hervorgegangen waren, und schließlich die Annahme des ganzen Gesetzes. Das Haus hatte sich mittlerweile etwas gefüllt, so daß bei der Endabstimmung fast ein Viertel der Abgeordneten anwesend war. Die Debatte bot wenig Anregendes. Eine rechte Freude über das Gesetz herrschte auf keiner Seite des Hauses. Auf der Rechten nannte man es ein verkrüppeltes Kind und auf der Linken lief man mit mimmermüder Ausdauer immer wieder Sturm, um der Börse, hienne wenigstens einige der gefährdeten goldenen Eier zu retten. Als sich dieser Liebes Müß' umsonst erwies, drohte die Debatte in gereizte persönliche Bemerkungen auszuarten und nahm erst wieder einen höheren Schwung, als der Reichs-schaffsekretär Graf PosaNOWSKY die sehr bestimmt gehaltene Erklärung abgab, daß sich die Regierung bei der einfachen Ablehnung der vorgeschlagenen Quittungs- und Frachtbrief-stempelsteuer nicht beruhigen, sondern auf sie später zurückkommen oder wenigstens Steuererlass fordern. Freunde für jene Steuern gewann der Staatssekretär durch seine Rede allerdings nicht; denn die Vertreter aller Parteien beizien sich, ihre ablehnende Stellung noch einmal aufs Deutlichste von Neuem zu bekunden. Dann, als die Verathung des Gesetzes schon fast zu Ende gebracht war, erhob sich unermüthet noch eine große Börse, die das Beste des Tages bot. Die nationalliberale Partei hatte zu der Gesetznovelle eine Resolution eingebracht, die die alsbaldige Vorlage eines Börsegesetzes forderte. Staatsminister von Bötticher gab sofort die Versicherung, daß die Regierung sich seit Langem mit diesem Plane trage und schon in diesem Jahre ein Börsegesetz eintbringen zu können hoffe.